



Inhalt	Seite
GI Leitsätze	116
Zurückbehaltungsrecht des Steuerberaters	117
– Änderung der Rechtsprechung des OLG Düsseldorf (GI 1986, 151)	
– Anmerkung (BGH Ur.t.v. 17.2.1988 – IVa ZR 262/86)	
Haftung des Steuerberaters	122
– Verjährung des Regreßanspruchs, § 68 StBerG	
– Verjährungsunterbrechung durch Mahnbescheid	
– Haftungshöchstsummenbegrenzung	
– Anmerkung zur Haftungsbegrenzung in AGB (OLG Oldenburg Ur.t.v. 7.5.1987 – 1 U 211/86)	
Honoraranspruch des Steuerberaters	128
– Gebühren für Bilanzvorarbeiten, § 35 Abs. 3 StBGebV	
– Minderung des Honoraranspruchs durch Mandanten	
– Darlegung eines Buchungsfehlers (OLG Köln Ur.t.v. 9.3.1988 – 2 U 67/87)	
Nachbesserung des Steuerberaters	136
– Mängelbeseitigungskosten	
– Anmerkung (OLG Hamm Ur.t.v. 18.3.1988 – 25 U 103/87)	
GI Hinweise	138

GI Leitsätze

Steuerhinterziehung/USt-Voranmeldung

Errechnet der Steuerberater das Umsatzsteuersoll höher als die Bagatellgrenze von DM 600,- jährlich –, im Streitfall DM 2.500,- –, muß er für seinen Mandanten nicht zur Abgabe 1/4jährlicher Umsatzsteuererklärungen übergehen, sondern kann abwarten, ob sich das Finanzamt wie bisher mit der Abgabe der Jahreserklärung zufrieden gibt.
(OLG Koblenz Urt. v. 11. 6. 1987 – 1 Ss 198/87)

Steuerhinterziehung/EST-Vorauszahlung

Wird ein Antrag auf Herabsetzung von Einkommensteuervorauszahlungen mit einer zutreffenden steuermindernden Maßnahme (Berlin-Darlehen) begründet, jedoch bei Antragstellung bereits bekannte steuererhöhende Tatbestände (erhebliche Gewinnsteigerungen nach DATEV-Auswertungen) verschwiegen, so liegt bei vorsätzlichem Handeln vollendete Steuerhinterziehung in Form eines nicht gerechtfertigten Steuervorteils vor.

Die spätere Abgabe einer korrekten Einkommensteuerjahreserklärung kann als Selbstanzeige i. S. des § 371 AO gewertet werden, auch wenn in dieser kein Bezug zu dem früheren Antrag auf Anpassung der Einkommensteuervorauszahlungen hergestellt wird.

(OLG Stuttgart Urt. v. 21. 5. 1987 – Ss 221/87, StB 1988, 21)

Steuerhinterziehung/USt-Vorauszahlung

Die unterlassene Abgabe der Umsatzsteuervoranmeldung ist als ein außerhalb des Berufs liegendes Verhalten keine ehrenrgerichtlich zu ahnende Pflichtverletzung.

(EG Hamburg Urt. v. 4. 2. 1986 – III 12/85 EV 73/83 – BRAK-Mitt 1987, 100)

Hilfeleistung in Steuersachen und Buchführung (§1 Abs. 2 Nr. 2 StBerG)

Das Buchführungsprivileg der steuerberatenden Berufe nach dem StBerG umfaßt auch die Einrichtung der Finanzbuchhaltung (Erstellung des Kontenplanes) und die Einrichtung der Lohnbuchhaltung (Einrichtung der Lohnkonten). Mechanische Arbeitsgänge und steuerlich irrelevante Hilfeleistungen bei der Einrichtung dieser Buchhaltungen sind von dem Privileg ausgenommen.

(BFH Urt. v. 12. 1. 1988 – VII R 60/86 STEUER-TELEX 1119 = LEXinform 0081292)

Zurückbehaltungsrecht des Steuerberaters

- Änderung der Rechtsprechung des OLG Düsseldorf (GI 1986, 151)
- Anmerkung (BGH Urt. v. 17. 2. 1988 – IVa ZR 262/86, WM 1988, 627)

Leitsatz (amtl.):

Zum Recht des Steuerberaters aus § 273 BGB, Arbeitsergebnisse (hier: eine Hauptabschlußübersicht), die nach dem Steuerberatervertrag an den Mandanten herauszugeben sind, wegen fälliger Gebührenforderung zurückzubehalten.

Leitsätze (d. Verf.):

1. Die Herausgabepflicht des Steuerberaters bezieht sich nicht auf dessen Arbeitspapiere.
2. Die Hauptabschlußübersicht ist mit der Umbuchungsliste herauszugeben. Sie sind Arbeitsergebnisse des Steuerberaters.
3. Die Beweislast für den Verbleib der herauszugebenden Arbeitsergebnisse trifft den Steuerberater.
4. Der Steuerberater hat ein Zurückbehaltungsrecht an seinen Arbeitsergebnissen wegen fälliger Gebührenforderungen, gleichgültig ob diese sich auf andere Abrechnungszeiträume beziehen als die herausverlangten Unterlagen.

Aus den Gründen:

1. Wie bereits das Landgericht ausgeführt hat, war der Vertrag zwischen den Parteien, der die Beratung des Beklagten in steuerlichen Angelegenheiten, die Erledigung seiner Buchhaltung und die Fertigung seiner Bilanzen zum Gegenstand hatte, ein **Geschäftsbesorgungsvertrag mit Dienstvertragscharakter** (vgl. BGHZ 54, 106, 107). Diese zutreffende Rechtsansicht wird von der Revision nicht angegriffen. Der Kläger ist danach verpflichtet, die Unterlagen, die er im Rahmen seiner Vertragspflichten für den Beklagten angefertigt hat, an diesen herauszugeben. **Die Herausgabepflicht umfaßt mangels anderer Vereinbarungen nicht Arbeitspapiere**, die der Kläger bei seiner Tätigkeit für sich gefertigt hat, um mit ihrer Hilfe seine Vertragspflichten erfüllen zu können (vgl. dazu MünchKomm/Seiler, BGB 2. Aufl. § 667 Rdn. 15; BGB-RGRK/Steffen,

12. Aufl. § 667 Rdn. 12) und die als reine Arbeitsmittel – ebenso wie handschriftliche Notizen oder andere zu internen Zwecken gefertigte Arbeitspapiere – auch nicht zu seinen Handakten im Sinne des § 66 Abs. 2 StBerG gehören. Der Senat kann jedoch der Ansicht der Revision nicht zustimmen, daß die herausverlangte Hauptabschlußübersicht 1983, zu der nach den nicht angegriffenen Feststellungen des Berufungsgerichts die Umbuchungsliste 1983 als Bestandteil gehört, nicht ein nach dem Vertrag zu schaffendes Arbeitsergebnis, sondern ein Arbeitsmittel sei, das der Kläger nicht herausgeben müsse. Als ständiger Steuerberater des Beklagten war der Kläger verpflichtet, diesem diejenigen Unterlagen zu erstellen, die er benötigte, um seine Pflichten gegenüber den Steuerbehörden erfüllen zu können. Dazu gehörte auch die Hauptabschlußübersicht, die der Beklagte nach § 60 Abs. 2 Satz 2 EStDV a. F. (vgl. jetzt § 60 Abs. 1 Satz 2 EStDV 1986) auf Verlangen des Finanzamts seiner Steuererklärung beizufügen hatte. Schon deshalb **war die Hauptabschlußübersicht 1983 (mit der dazu gehörenden Umbuchungsliste) nicht lediglich eine Arbeitsgrundlage des Klägers, die der Herausgabeanspruch des Beklagten nicht umfaßt, sondern ein (vertragliches) Arbeitsergebnis, das nach dem Steuerberatervertrag an den Beklagten herauszugeben ist.** Der beantragten Einholung eines Gutachtens der Steuerberaterkammer zur Bedeutung der Hauptabschlußübersicht bedurfte es bei dieser Sachlage nicht.

Das Berufungsgericht nimmt an, der Kläger könne nicht damit gehört werden, daß er die Hauptabschlußübersicht 1983 nicht mehr in Besitz habe, weil er in seinem Schriftsatz vom 9. 9. 1985 das Gegenteil zugestanden habe. Dies sei ein prozessuales Geständnis, an das der Kläger gebunden sei. Dieser Ansicht kann sich der Senat nicht anschließen. Der vom Berufungsgericht angeführten Schriftsatzstelle kann nicht hinreichend deutlich entnommen werden, daß der Kläger den Besitz der Hauptabschlußübersicht 1983 eingeräumt hat.

Zu Unrecht geht der Kläger allerdings davon aus, daß den Beklagten, der den Herausgabeanspruch erhebe, die Beweislast dafür treffe, daß der Kläger die Hauptabschlußübersicht 1983 noch besitze. Es ist unstreitig, daß der Kläger die von ihm erstellte Hauptabschlußübersicht 1983 jedenfalls zunächst in Besitz hatte. **Die Darlegungs- und Beweislast für den Verbleib dieser Unterlage liegt daher beim Kläger.** Der Kläger wird im weiteren Verfahren Gelegenheit haben, sein Vorbringen zu ergänzen.

2.

3. Das Berufungsgericht ist der Auffassung, daß dem Kläger wegen der von ihm geltend gemachten Gebührenansprüche kein Zurückbehaltungsrecht aus § 273 BGB gegenüber dem Herausgabeanspruch des Beklagten zustehen könne. Aus der Natur des Schuldverhältnisses zwischen Steuerberater und Mandanten lasse sich zwar – jedenfalls im Grundsatz – nicht ableiten, daß ein Zurückbehaltungsrecht an den Arbeitsunterlagen deshalb zu verneinen sei, weil der Mandant die gesamten Buchungsunterlagen (Arbeitsergebnisse und Mandantenunterlagen) dringend benötige, um sein Geschäft fortführen zu können. Andernfalls werde dem Steuerberater ohne ausreichenden Grund ein Druckmittel genommen, welches das Gesetz gerade für wechselseitige Ansprüche innerhalb desselben Rechtsverhältnisses gebe. Es bestehe jedoch ein Bedürfnis, das dem Steuerberater wegen seiner Honoraransprüche grundsätzlich zustehende Zurückbehaltungsrecht an Arbeitsunterlagen einzuschränken, wenn das Vertragsverhältnis zwischen ihm und seinem Mandanten ein Dauerschuldverhältnis sei. Ein Zurückbehaltungsrecht aus § 273 BGB könne in diesem Fall nicht zugelassen werden, wenn sich die Honorarforderung auf einen längst zurückliegenden Zeitraum beziehe, während das Zurückbehaltungsrecht an neuesten Arbeitsergebnissen geltend gemacht werde. Im Rahmen eines Dauerschuldverhältnisses sei deshalb die sogenannte Konnexität zwischen einer Honorarforderung und einem Anspruch auf Herausgabe von Unterlagen nur dann zu bejahen, wenn sich beide auf denselben Zeitraum, in aller Regel auf dasselbe Abrechnungsjahr, bezögen. Auf diese Weise werde ein angemessener Ausgleich zwischen dem Interesse des Steuerberaters an einem Druckmittel für seine Honorarforderung und dem Bedürfnis des Mandanten gefunden, die Buchführungsunterlagen bei der weiteren Führung der Geschäfte und bei der Bearbeitung von Steuerfragen zur Verfügung zu haben.

Für das Zurückbehaltungsrecht des Steuerberaters gegenüber dem Herausgabeanspruch seines Mandanten fehlt in der die Handakten des Steuerberaters betreffenden Bestimmung des § 66 StBerG eine besondere gesetzliche Regelung, wie sie § 50 Abs. 1 der Bundesrechtsanwaltsordnung (BRAO) für das Zurückbehaltungsrecht des Rechtsanwalts an seinen Handakten enthält. Nach der Begründung des Regierungsentwurfs eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Steuerberatungsgesetzes zu § 66 StBerG (§ 45 des Entwurfs) ist diese Bestimmung zwar § 50 BRAO nachgebildet worden (BT-Drucks 7/2852 S. 36), die Regelung des § 50 Abs. 1 BRAO wurde aber im Hinblick auf die bei Steuerberatern und Steuerbevollmächtigten abweichende Auftragsgestaltung (überwiegend Dauerauftragsverhältnisse) nicht über-

nommen. Das Recht des Steuerberaters, wegen seiner Gebührenforderungen Unterlagen zurückzubehalten, richtet sich daher allein nach den allgemeinen Bestimmungen (vgl. dazu auch KG StB 1984, 388, 390).

Der Rechtsansicht des Berufungsgerichts, daß die Natur des Schuldverhältnisses, das zwischen den Parteien bestand, ein Zurückbehaltungsrecht aus § 273 BGB an den herausverlangten Unterlagen nicht ausschließt, ist zuzustimmen (vgl. auch BGH Ur. v. 6.12.1979 – VII ZR 19/79 – VersR 1980, 264, 266).

Es kann hier offenbleiben, ob es die Natur des Schuldverhältnisses zwischen Steuerberater und Mandant ausschließt, dem Steuerberater ein Zurückbehaltungsrecht wegen Gebührenforderungen an solchen Unterlagen zuzuerkennen, die er im Rahmen des Vertragsverhältnisses von seinem Mandanten oder von Dritten für ihn erhalten hat (dagegen KG StB 1984, 388, 390; OLG Hamburg NJW 1983, 2455; a.A. OLG Düsseldorf, 13. Zivilsenat, NJW 1977, 1201; Gehre, Steuerberatungsgesetz 1981 § 66 Rdn. 13; MünchKomm/Keller, BGB 2. Aufl. § 273 Rdn. 53; vgl. auch BGH Ur. v. 6.12.1979 – VII ZR 19/79 – VersR 1980, 264, 266). **Jedenfalls bei Unterlagen, die der Steuerberater für seinen Mandanten erstellt hat, kann ihm ein Zurückbehaltungsrecht wegen Gebührenforderungen nicht von vornherein unter Berufung auf die Natur des Schuldverhältnisses abgesprochen werden.** Dies gilt auch dann, wenn es sich um ein dauerndes Vertragsverhältnis handelt (a.A. OLG Düsseldorf, 13. Zivilsenat, NJW 1977, 1201; MünchKomm/Keller aaO; offengelassen von OLG Stuttgart ZIP 1982, 80, 81 = StB 1983, 39, 40). Unterlagen wie eine Hauptabschlußübersicht, die der Steuerberater selbst gefertigt hat, sind das Ergebnis seiner Leistung und regelmäßig insofern ersetzbar, als sie gegebenenfalls auf der Grundlage der Buchhaltungsunterlagen des Mandanten von einem Dritten neu erstellt werden könnten. Die Natur des Schuldverhältnisses spricht daher nicht dagegen, dem Kläger für die Durchsetzung fälliger Gebührenforderungen ein Zurückbehaltungsrecht als Druckmittel zuzugestehen.

Ein **Zurückbehaltungsrecht** des Klägers aus § 273 BGB ist entgegen der Ansicht des Berufungsgerichts auch dann **nicht ausgeschlossen, wenn ihm nur Gebührenforderungen zustehen sollten, die sich auf andere Abrechnungsjahre beziehen als die herausverlangten Unterlagen.** Auch in diesem Fall beruhen die beiderseitigen Ansprüche auf demselben Vertragsverhältnis.

Der Kläger wäre jedoch, auch wenn seine behaupteten Forderungen unterstellt werden, an der Ausübung eines Zurückbehaltungsrechts aus § 273 BGB gehindert, wenn er sich dadurch nach den besonderen Umständen des Falles treuwidrig verhalten würde (in diesem Sinn allgemein zum Zurückbehaltungsrecht des Steuerberaters an seinen Arbeitsergebnissen Späth StB 1975, 158, 161; Burhoff in Charlier/Peter, Steuerberatungsgesetz 3. Aufl. Gruppe 340 S. 138 Rdn. 8; Brenner BB 1984, 842, 843; vgl. auch Peter/Säckel in Charlier/Peter aaO Gruppe 320 – § 66 StBerG – S. 7 Rdn. 22 und – zum Zurückbehaltungsrecht an Mandantenunterlagen – KG StB 1984, 388, 390; Soergel/Wolf, BGB § 273 Rdn. 48).

Die **Ausübung eines Zurückbehaltungsrechts** des Steuerberaters an seinen Arbeitsergebnissen **kann insbesondere dann gegen Treu und Glauben verstoßen, wenn seine Gegenforderung unverhältnismäßig gering ist oder wenn die Zurückbehaltung dem Mandanten einen unverhältnismäßig hohen, auch bei Abwägung mit den Interessen des Steuerberaters nicht zu rechtfertigenden Schaden zufügen würde.**

Die Bedeutung der zurückbehaltenen Unterlagen für den Mandanten kann dabei nicht schematisch danach bemessen werden, auf welchen Zeitraum sie sich beziehen. Gerade dann, wenn sie einen früheren Zeitraum als die Gebührenforderungen betreffen, wird der Mandant nicht selten weniger auf ihren Besitz angewiesen sein als bei Unterlagen zu laufenden oder nur kürzere Zeit zurückliegenden Geschäftsvorfällen.

Anmerkung:

Das BGH-Urteil entspricht der Anmerkung zu dem aufgehobenen Urteil des OLG Düsseldorf (GI 1986, 153). Von erheblicher praktischer Bedeutung ist der Hinweis des BGH auf die Beweislast des Steuerberaters für den Verbleib der zurückzugebenden Mandantenunterlagen. Auf dieses Problem hatten wir bereits anlässlich des Urteils des OLG Düsseldorf vom 29.6.1983, GI 3/84, hingewiesen. Bei der Herausgabe von Mandantenunterlagen sollte deshalb eine detaillierte Aufstellung vorhanden sein, die der Empfänger der Unterlagen quittiert.

Weiterführende Hinweise zum Zurückbehaltungsrecht und zur Rückgabe von Unterlagen: GI 1987, 154 f.

Haftung des Steuerberaters

- Verjährung des Regreßanspruchs, § 68 StBerG
 - Verjährungsunterbrechung durch Mahnbescheid
 - Haftungshöchstsummenbegrenzung
 - Anmerkung zur Haftungsbegrenzung in AGB
- (OLG Oldenburg Urt.v. 7.5.1987 – 1 U 211/86)

Leitsätze (d. Verf.):

1. Die Verjährung des Regreßanspruches gegen einen Steuerberater gemäß § 68 StBerG beginnt mit der Zustellung des schädigenden Steuerbescheides; hier: kein Antrag nach § 2 AIG.
2. Durch einen Mahnbescheid wird die Verjährungsfrist nur in Höhe des dort beantragten Betrages unterbrochen.
Ausnahme: In dem Mahnbescheid wird erkennbar, der Anspruch wird im Ganzen geltend gemacht, der zunächst im Mahnbescheid beanspruchte Betrag hat sich aber später als zu gering erwiesen.
3. Die Haftungsbegrenzung in § 6 Abs. 2 AGB der Steuerberater auf 100.000,– DM ist wirksam.

Aus den Gründen:

Ob die Beklagten der Klägerin durch falsche steuerliche Beratung einen Schaden verursacht haben, mag offenbleiben. Hinsichtlich **des Schadens**, den die Klägerin in der Berufungsinstanz geltend macht, nämlich der Geldverlust infolge Nichtabgabe der Steuererklärung, Zinsen an Ehemann, Zwangsversteigerungsmindererlös, ist ein etwaiger Schadenersatzanspruch jedenfalls verjährt. Verjährungsbeginn ist allerdings nicht, wie vom Landgericht angenommen, am 11.1.1981, als der Klägerin der Bericht über die Außenprüfung des Finanzamts zuging, sondern die **Verjährungsfrist begann zu laufen mit Zustellung des Einkommensteuerbescheides für 1978 an die Klägerin und deren Ehemann vom 19. 6. 1981**. Das folgt aus der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs. Dessen Entscheidungen in NJW 1982, 1285 ff und NJW 1986, 1162 ist zu entnehmen, daß, wenn – wie hier zu unterstellen – der Steuerpflichtige aufgrund falscher Beratung durch den Steuerberater zunächst für 1978 eine zu niedrige Steuer entrichtet hatte, dann jedoch ein zu hoher Steuerbescheid erging infolge Nichtberücksichtigung von § 2 AIG, der dann später nach Geltendmachung von § 2 AIG wieder ermäßigt wurde, **auf das Datum abzustellen ist, an dem das Finanzamt nach Überprüfung (im Dezember**

1980) den Steuerbescheid erstmals für 1978 erhöht, und zwar weil § 2 AIG nicht berücksichtigt wurde, zu hoch festgesetzt hat; das war der 19. 6. 1981. Auch die Klägerin geht davon aus, daß der Schaden („frühestens“) am 19. 6. 1981 entstanden sei und daher auch der Verjährungsbeginn für diesen Zeitpunkt anzunehmen ist.

Gemäß § 68 StBerG, wonach ein Schadenersatzanspruch gegen den Steuerberater verjährt „in drei Jahren von dem Zeitpunkt an, in dem der Anspruch entstanden ist“, war die Verjährung mithin Ende Juni 1984 eingetreten.

Die **Verjährung ist nicht unterbrochen worden**, namentlich nicht durch den Mahnbescheid von Anfang Februar 1984.

Die Klage geht über 1.774.038,91 DM; der Mahnbescheid ging jedoch nur über 500.000,- DM. Deshalb ist hinsichtlich des Differenzbetrages von 1.274.038,91 DM gewissermaßen schon vorab die Verjährung eingetreten. **Denn eine Teilklage bzw. ein dieser gemäß § 209 Abs. 2 Nr. 1 BGB gleichstehender Mahnbescheid kann nur in Höhe des eingeklagten Betrages unterbrechen** (vgl. Palandt/Heinrichs, 45. Aufl., § 209 BGB, Anm. 6 b; BGH NJW 1978, 1058, 1059; BGH VersR 1984, 390, 391; 868, 869), also nur in Höhe von 500.000,- DM. Ein anders zu beurteilender Sonderfall, daß die Kläger als Gläubigerin mit dem Mahnbescheid bereits den **Anspruch im Ganzen** geltend gemacht hat, der zunächst eingeklagte Betrag von 500.000,- DM sich aber als zu niedrig erwiesen hat, was zur Folge hätte, daß der Mahnbescheid die Verjährung auch unterbrochen hätte hinsichtlich des Mehrbetrages, um den sich der Schaden infolge Änderung der Preisverhältnisse erhöht (Palandt aaO; BGH NJW 1970, 1682; NJW 1982, 1809, 1810; BGH VersR 1984, 868 ff), liegt nicht vor. Dagegen spricht bereits die Pauschalsumme von 500.000,- DM. Im übrigen ist aber der im späteren Verfahren geltend gemachte Mehrbetrag auch nicht durch eine Änderung der Preisverhältnisse bedingt.

Aber auch hinsichtlich des mithin nur verbleibenden Betrages von 500.000,- DM ist Verjährung eingetreten. Der Mahnbescheid hat diese nicht unterbrochen. **Ein Mahnbescheid unterbricht die Verjährung nur dann, wenn er dem § 690 Abs. 1 Nr. 3 ZPO entspricht und erkennen läßt, welcher Anspruch geltend gemacht wird** (Palandt aaO Anm. 7 a; BGH NJW 1967, 2354; BGH WPM 1978, 1296). Wann dies der Fall ist, läßt sich nicht generell sagen. Auf jeden Fall muß der Anspruch so individualisiert werden, daß er objektiv identifiziert werden kann, und zwar in einer Weise, daß die materielle Rechtskraft (§ 322 ZPO), die über § 700 Abs. 1 ZPO eintreten kann, zur Abgrenzung von anderen Ansprüchen (Streitgegenständen) eindeutig festgestellt werden kann (Thomas-Putzo,

11. Aufl., § 690 Anm. 2 c). Das ist hier nicht der Fall. Die Angabe im Mahnbescheid – „Schadenersatzanspruch für pflichtwidrige und mangelhafte Beratung im Rahmen des mit Ihnen abgeschlossenen Steuerberatungsvertrages. Sie haben die Zahlung mit Schreiben vom 26.7.1983 grundsätzlich verweigert,“ – genügt nicht, um einen individualisierten Anspruch darzutun. Solches könnte möglicherweise dann angenommen werden, wenn nur **eine einzige** „pflichtwidrige und mangelhafte Beratung“ durch die Beklagten in Betracht käme. Das ist jedoch dem Vorbringen der Klägerin zufolge gerade nicht der Fall. Die pflichtwidrige, mangelhafte Beratung soll sich vielmehr „im Rahmen des... abgeschlossenen Steuerberatungsvertrages“ ereignet haben. Dieser bestand jedoch nach dem Vorbringen der Klägerin über mehrere Jahre und umfaßte die gesamte steuerliche Betreuung. **Im Verlaufe dieses nach dem Vortrag der Klägerin langjährigen und umfassenden Steuerberatungsvertrages bestanden natürlich viele Pflichten der Beklagten zu gehöriger Beratung, die verletzt worden sein können.** Dies ergibt sich aus dem eigenen erstinstanzlichen Vorbringen der Klägerin. Diese hat im Schriftsatz vom 24.7.1985 ausführlich dargelegt, daß die eigentliche Pflichtverletzung der Beklagten, die dann gewissermaßen Ausgangspunkt für alle weiteren Schäden der Klägerin wurde, darin bestand, daß die Beklagten der Klägerin zu Unrecht gesagt hätten, der Erlös aus dem Verkauf des Objekts im Jahre 1978, der in der Differenz bestand zwischen dem Einkaufspreis der Anlage im Jahre 1976 plus Fertigstellungskosten und dem Verkaufspreis im Jahre 1978, sei nicht zu versteuern, sie könne als „steuerunschädlich“ nach zwei Jahren im Jahre 1978 die Anlage mit Gewinn wieder verkaufen. In Befolgung dieses Rates und in der Annahme, den erzielten Gewinn von ca. 1,9 Mio DM nicht versteuern zu müssen, habe die Klägerin dann weiter großzügig disponiert und die erlöste Kaufpreisdifferenz „steuerunschädlich“ angelegt. Daraus seien ihr dann mehrere Schäden erwachsen. Zunächst einmal nämlich habe sie den erzielten Gewinn versteuern und insgesamt weit über 1 Mio DM an Steuern bezahlen müssen. Hierdurch sei ein finanzieller Engpaß entstanden. Daraus hätten sich dann weitere Schäden für sie ergeben, dies auch in Verbindung mit behaupteter Falschberatung bezüglich des Projekts gemäß § 2 AIG. In diesem Sinne hat die Klägerin – trotz vorangegangenen Hinweises des Senats auf § 690 Abs. 1 Nr. 3 ZPO – auch noch in der mündlichen Verhandlung ausdrücklich vorgebracht. Sie hat dabei von „immer mehr Pflichtverletzungen im Rahmen des allumfassenden Steuerberatungsvertrages bis Juni 1983“ gesprochen und den Beklagten auch vorgeworfen, gegen den Steuerbescheid vom 19.6.1981 keinen Einspruch eingelegt und auch späterhin (bis zum Juni 1983) keinen Antrag nach § 2 AIG gestellt zu haben. Sie hat ferner bemängelt, daß – zu Beginn – die Beklagten die Klägerin nicht auf die

„Gewerbesteuerpflicht“, womit wohl (auch) die Einkommenssteuerpflicht infolge gewerbsmäßigen Immobilienverkaufs gemeint ist, bei dem Verkauf des Objekts und – **nach** der Betriebsprüfung des Finanzamts im Dezember 1980 bzw. dessen Steuerbescheid vom Juni 1981 – pflichtwidrig die Klägerin nicht auf die Möglichkeit, den angefallenen Steuern durch eine Verlustzuweisung (insbes. gem. § 2 AIG) zu entgehen, hingewiesen hätten; so habe sich „ein Schneeballsystem von immer neuen Schäden“ ergeben. Sind aber **mehrere Pflichtverletzungen** und **mehrere Schäden** aus dem Verhalten der Beklagten damit aufgezeigt, so reicht die im Mahnbescheid gewählte Formulierung zur Individualisierung des Anspruchs nicht aus. Dies auch deswegen nicht, weil im Mahnbescheid beide Eheleute als Antragsteller genannt sind und deshalb nicht einmal eindeutig klar ist, um wessen – der Klägerin oder ihres Ehemannes – Schaden es geht. Es verhält sich hier mit den zu stellenden Anforderungen an die Bestimmtheit und die Bezeichnung des Anspruchs im Sinne des § 690 Abs. 1 Nr. 3 ZPO ähnlich wie etwa mit einem Bußgeldbescheid im Ordnungswidrigkeitsverfahren: Je mehr eine Verwechslungsmöglichkeit des dort ungenau und allgemein umschriebenen Vorwurfs mit anderem Fehlverhalten in Betracht kommt, desto weniger ist der Begriff der bestimmten „Tat“ im prozessualen Sinne festgelegt und desto weniger ist ein ungenau umschriebener Bußgeldbescheid als Voraussetzung für das weitere Verfahren mangels genügender Abgrenzung geeignet – nicht anders liegt es im Prinzip hier. Die hier im Mahnbescheid angegebene „Bezeichnung des Anspruchs“ im Sinne des § 690 Abs. 1 Nr. 3 ZPO läßt eine bestimmte Individualisierung und Abgrenzung gegen andere Beratungsfehler im Rahmen des langjährigen Steuerberatungsvertrages gerade nicht erkennen. Eine solche ist auch nicht eingetreten durch den Hinweis auf das Schreiben der Beklagten vom 26. 7. 1983, in dem „die Zahlung grundsätzlich verweigert“ wurde. Denn eben dieses Schreiben lehnt nicht einen bestimmten Schadenersatz zu einer bestimmten Pflichtverletzung, sondern generell jeglichen Schadenersatz grundsätzlich ab. Ein noch weiteres Zurückgreifen auf das dem Schreiben der Beklagten vom 26. 7. 1983 vorausgegangene Schreiben der damaligen Prozeßbevollmächtigten der Klägerin vom 22. 7. 1983 kommt aus den Gründen der Rechtssicherheit nicht in Betracht. Denn die unverwechselbare und fest abgrenzbare „Bezeichnung des Anspruchs“ muß sich nach dem klaren Wortlaut des § 690 Abs. 1 Nr. 3 ZPO unmittelbar aus dem Mahnbescheid ergeben, ohne daß insoweit zur Klärung auf Vorrespondenz zurückgegriffen werden muß.

....

Die Geltendmachung der Verjährungseinrede ist nicht rechtsmißbräuchlich. Namentlich mußten die Beklagten die – inzwischen anwaltlich vertre-

tene – Klägerin nicht auf die Verjährung eines etwaigen Regreßanspruchs gegen die Beklagten hinweisen (vgl. BGH NJW 1982, 1288, 1289).

Nur hilfsweise und rein vorsorglich weist der Senat noch auf folgendes hin: Selbst wenn – entgegen der Auffassung des Senats – der Anspruch nicht verjährt wäre, so sind Klage und Berufung gleichwohl unbegründet.

Für einen über **100.000,- DM** hinausgehenden Schaden der Klägerin folgt das bereits aus **§ 6 Abs. 2 der AGB** der Beklagten zu 1); **gegen die Rechtswirksamkeit dieser Haftungsbegrenzung hat der Senat keine Bedenken..** Das gilt auch für den weiteren Inhalt der AGB, soweit es hier darauf rechtlich ankommen könnte. § 6 Abs. 3 Satz 1 BGB mit der dreijährigen Verjährungsfrist ist rechtlich unbedenklich, weil er dieselbe Verjährungsfrist vorsieht wie das Gesetz in § 68 Steuerberatungsgesetz. § 6 Abs. 3 Satz 2 AGB, wonach der Anspruch innerhalb von sechs Monaten geltend gemacht werden soll, nachdem der Anspruchsberechtigte von dem Schaden und dem anspruchsbegründenden Ereignis Kenntnis erlangt hat, ist schon deswegen unbedenklich, weil es sich hier um eine **Soll-Vorschrift** handelt ohne Sanktionen. Ob § 6 Abs. 3 Satz 3 AGB, der eine Ausschlußfrist vorsieht, „... wenn nicht innerhalb einer Frist von sechs Monaten nach der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird“, mit dem AGB-Gesetz vereinbar ist, mag dahinstehen. Denn der Mahnbescheid ist jedenfalls rechtzeitig erhoben worden. Das Schreiben der Beklagten zu 1) vom 26. 7. 1983 weist nämlich als Ausgangsdatum den 27. 7. 1983 aus. Folglich kann von dessen Zugang an die Rechtsanwälte frühestens am 28. 7. 1983 ausgegangen werden. Fristablauf war mithin der 28. 1. 1984. Dies war ein Samstag. Also verlängerte sich die Frist bis zum 30. 1. 1984, § 193 BGB. An diesem Tage ist aber der Mahnbescheid beantragt worden. Er ist der Klage gleichgestellt, § 209 Abs. 2 Nr. 1 BGB. Das Datum der Beantragung (30. 1.) reicht aber aus bei demnächstiger Zustellung, §§ 270 Abs. 3 ZPO, 693 Abs. 2 ZPO. So liegt es hier. Die am 9. 2. 1984 erfolgte Zustellung ist noch demnächst erfolgt im Sinne der genannten Vorschriften.

Anmerkung:

Haftungshöchstsummenklauseln, die nicht auf leicht fahrlässige Pflichtverletzungen beschränkt sind, verstoßen gegen das Gebot der Haftungsfreizeichnung für grob fahrlässige und vorsätzliche Vertragsverletzungen gem. § 11 Zf. 7 AGB-Gesetz. Nach dieser Vorschrift sind Freizeichnungsklauseln für vorsätzliche und grob fahrlässige Vertragsverletzungen – einschließlich des Verschuldens bei Vertragsschluß – unwirksam. § 11 Zf. 7 AGB-Gesetz bezieht sich zwar nur auf Geschäftsbedingungen im nicht-kaufmännischen Verkehr, gleiches gilt aber auch für Steuerberater, Wirt-

schaftsprüfer und Rechtsanwälte im kaufmännischen Bereich gem. § 9 Abs. 1 AGB-Gesetz (von Westphalen, AGB für Rechtsanwälte, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer 1984, 56 m.w.N.).

Die Freizeichnung für leichte Fahrlässigkeit findet gem. § 9 AGB-Gesetz ihre Grenze bei der Verletzung von Kardinalpflichten. Beispiele:

Einem **Treuhänder** wurde eine außergewöhnlich große Rechtsmacht und damit eine besondere Vertrauensstellung eingeräumt. Der Treugeber muß nach Ansicht des OLG Celle deshalb ein Äquivalent dergestalt erhalten, daß der Treuhänder dem Gesetz entsprechend uneingeschränkt haftet (OLG Celle GI 1986, 7; Baumbach-Duden-Hopt HGB 27. Auflage, AGB G 11, 71).

Das OLG Stuttgart hat die Haftungsfreizeichnung eines **Arztes** für leicht fahrlässige Behandlungs- und Aufklärungsfehler als unangemessen und unwirksam angesehen (OLG Stuttgart NJW 1979, 2355).

Eine gewerbsmäßige **Auskunftei** kann sich nicht von etwaigen fahrlässigen Vertragsverletzungen freizeichnen, weil dadurch die vertraglich übernommene Hauptpflicht abbedungen würde. Das OLG Frankfurt hat unter Hinweis auf die sog. Kardinalpflicht die Freizeichnung nach § 9 Abs. 2 Nr. 2 AGB-Gesetz für unwirksam erklärt. Es handelte sich um ein Klauselwerk, das im kaufmännischen Verkehr Verwendung fand (OLG Frankfurt BB 1984, 1451 = DB 1984, 2190).

Eine **Bank** kann wegen der Besonderheiten des Wertpapiergeschäfts und dessen vielfältiger Unwägbarkeit ihre Haftung auf grobe Fahrlässigkeit beschränken (LG Stuttgart WM 1988, 620).

Haftungshöchstsummenklauseln für Fälle leichter Fahrlässigkeit sind wirksam, wenn sie betragsmäßig **angemessen** sind (Wolf, Kommentar zum AGB-Gesetz § 9 Tz. 7; Palandt-Heinrichs § 9 Tz. 7 rs).

Die Angemessenheit hat sich am „Wert des Beratungsauftrages“ – den vorhersehbaren steuerlichen bzw. vermögensmäßigen Auswirkungen – zu orientieren. Eine weitere Orientierungshilfe stellt für Wirtschaftsprüfer § 54 WPO in Verbindung mit der Verordnung über die Berufshaftpflichtversicherung der Wirtschaftsprüfer und vereidigten Buchprüfer vom 8.12.1967 dar, wonach die Pflichtversicherung eine **Mindestdeckungssumme** von 500.000,- DM beinhalten muß.

§ 67 StBerG schreibt keine Mindestversicherungssumme vor, sondern fordert nur eine „angemessene Versicherungssumme“. Die Standesrichtlinien sehen eine Versicherungssumme von mindestens 100.000,- DM für den einzelnen Schadenfall als angemessen an (vgl. Rohweder DStR 1978,

63 ff.; für RA gilt ebenfalls 100.000,- DM als standesrechtlich notwendig, vgl. Lingenberg, Zummel §49, 3 a). Grundsätzlich ist zu empfehlen, bei Beratungsaufträgen, die ein höheres Schadenrisiko vorhersehen lassen als dies in der Praxis üblich ist, dem Mandanten anzubieten, für diese zu erledigenden Aufgaben höhere Deckungssummen mit dem Haftpflichtversicherer zu vereinbaren (vgl. BGH BB 1980, 1013).

Honoraranspruch des Steuerberaters

- Gebühren für Bilanzvorarbeiten, § 35 Abs. 3 StBGebV
 - Minderung des Honoraranspruchs durch Mandanten
 - Darlegung eines Buchungsfehlers
- (OLG Köln Ur. v. 9.3.1988 – 2 U 67/87)

Leitsätze (d. Verf.):

1. Vorbereitungs- und Prüfungsarbeiten sind mit einer Zeitgebühr gem. §§ 35 Abs. 3, 36 Abs. 1 StBGebV abzurechnen. Den Umfang der erforderlichen Bilanzvorarbeiten bestimmt der Steuerberater. Schwierigkeiten bei der Kontenabstimmung begründen einen höheren Zeitaufwand.
2. Gebühren für Bilanzvorarbeiten können nicht in Rechnung gestellt werden, wenn der zeitliche Mehraufwand für die Vorbereitungsarbeiten auf Buchungsfehlern des Steuerberaters beruht und zu deren Korrektur nötig ist.
3. Eine Minderung des Honoraranspruchs wegen Schlechtleistung des Dienstverpflichteten ist dem Auftraggeber nicht möglich.
4. Zur Darlegung eines Buchungsfehlers ist anzugeben, aufgrund welcher Belege und/oder Informationen eine Buchung vorgenommen wurde und wie sie richtig hätte vorgenommen werden müssen. Bei im System begründeten Buchungsfehlern genügt die exemplarische Darstellung einzelner konkreter Buchungsvorgänge. Bei angeblich fehlender oder doppelter Verbuchung muß jeder Buchungsfehler nachvollziehbar gemacht werden.

Aus den Gründen:

Der Anspruch des Klägers auf Zahlung von DM 13.589,03 ergibt sich aus §§ 611, 675 BGB in Verbindung mit den Vorschriften der Steuerberatergebührenverordnung (StBGebV). Der Vertrag zwischen dem Mandanten und dem Steuerberater ist jedenfalls dann ein **Dienstvertrag**, der eine Geschäftsbesorgung zum Gegenstand hat, wenn der Berater – wie der Kläger im Streitfall – **nicht nur mit der Erstellung einzelner Steuererklärungen, sondern auch mit der laufenden Beratung des Mandanten einschließlich der Buchführung beauftragt ist** (vgl. BGH NJW 1970, 1596, 1597; Palandt/Putzo, aaO, Einf. 2 a vor § 611; Söllner in: Münchener Kommentar zum BGB, 1980, Rdn. 91 zu § 611).

Darüber, daß dem Kläger aufgrund auftragsgemäß erbrachter Leistungen ein Anspruch auf Zahlung des in seinen beiden Rechnungen vom 28. 9. 1984 genannten Honorars in Höhe von DM 560,88 für die Fertigung eines Antrages auf Gewährung einer Investitionszulage und von weiteren DM 399,80 für die Erstellung der Vermögenssteuererklärung auf den 1. 1. 1983 zusteht, herrscht zwischen den Parteien kein Streit. Der Beklagte zieht nicht in Zweifel, daß die Vergütung des Klägers für die beiden genannten Leistungen in diesen beiden Rechnungen sachlich und rechnerisch zutreffend angegeben ist. Die Vergütung ist mit Erledigung des jeweiligen Auftrages fällig geworden (§ 7 StBGebV) und kann vom Kläger eingefordert werden, nachdem er dem Beklagten seine Rechnungen vom 28. 9. 1984 übermittelt hat (§ 9 Abs. 1 StBGebV), was unstreitig bereits vorprozessual geschehen ist.

Mängel der den beiden Rechnungen vom 28. 9. 1984 zu Grunde liegenden Leistungen des Klägers rügt der Beklagte nicht.

Dem Kläger steht auch der mit der Klage weiter geltend gemachte Anspruch auf Zahlung von DM 12.628,35 als Teilbetrag der Rechnungssumme seiner mit der Berufungserwiderung vom 16. 9. 1987 in Kopie zu den Akten gereichten – neugefaßten – Rechnung vom 31. 12. 1984 über DM 12.714,– als Entgelt für die Erstellung des Jahresabschlusses 1983 und die hiermit im Zusammenhang stehenden Vorarbeiten zu.

Wie zwischen den Parteien außer Streit steht, war der Kläger mit der Erstellung dieses Abschlusses einschließlich der erforderlichen Vorarbeiten beauftragt. Die Gebühr für die Erstellung des Abschlusses selbst beträgt nach § 35 Abs. 1 Nr. 1 StBGebV 10/10 bis 30/10 einer vollen Gebühr nach der Tabelle B (Anlage 2 zur Steuerberatergebührenverordnung).

Der Kläger hat seiner Berechnung einen Gegenstandswert von bis zu DM 2.500.000,– zugrunde gelegt. Bedenken gegen die Richtigkeit dieses

Wertansatzes sind weder vom Beklagten geltend gemacht worden noch sonst ersichtlich. Eine 10/10-Gebühr nach der Tabelle B beträgt bei diesem Geschäftswert DM 1.753,-. Sie hat der Kläger in der – neugefaßten – Rechnung vom 31.12.1984 als Entgelt für die Erstellung des Jahresabschlusses 1983 angesetzt. Er hat damit innerhalb des vorgesehenen Rahmens von 10/10 bis 30/10 einer vollen Gebühr (§ 35 Abs. 1 Nr. 1 StBGebV) die geringstmögliche Gebühr angesetzt, die daher jedenfalls gerechtfertigt ist.

Dem Kläger steht ferner für die auftragsgemäß erbrachten Vorbereitungsarbeiten (Abschlußvorarbeiten; Prüfung der Konten) gemäß §§ 35 Abs. 3, 36 Abs. 1 StBGebV eine Zeitgebühr zu. Daß solche Vorarbeiten vom Auftrag des Klägers umfaßt waren und zu vergüten sind, hat der Beklagte nicht in Zweifel gezogen. Er wendet sich lediglich gegen die Höhe der berechneten Gebühren von zusammen DM 9.400,-.

Der Kläger hat in seiner – neugefaßten – Rechnung vom 31.12.1984 nach §§ 35 Abs. 3, 36 Abs. 1 StBGebV 4 Stunden des Wirtschaftsprüfers à DM 400,- und $(18 \times 8 =) 144$ Stunden des Assistenten à DM 62,50 berechnet. Daß die Vorarbeiten des Klägers mit diesem Zeitaufwand verbunden waren, steht nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme zur Überzeugung des Senats fest. Bereits in der ursprünglichen Fassung der Rechnung vom 31.12.1984 hatte der Kläger „1/2 Tagewerke Wirtschaftsprüfer“ und „18 Tagewerke Assistent“ in Ansatz gebracht.

Diese ursprüngliche Fassung der Rechnung lag dem Beklagten bei Abfassung seines Schreibens vom „6.1.1985“ (richtig: 6.1.1986), in dem er u. a. ihre alsbaldige Bezahlung ankündigte, vor, ohne daß er Anlaß gesehen hätte, den in der Rechnung genannten Zeitaufwand als übersetzt oder in Wahrheit nicht angefallen zu beanstanden. Zudem hat der Zeuge L. bei seiner Vernehmung durch den Senat an Hand seiner Aufzeichnungen bestätigt, daß jedenfalls der berechnete Zeitaufwand angefallen ist. Der Zeuge hat bekundet, daß die Arbeiten am Jahresabschluß 1983 in der Zeit von September bis Dezember 1984 insgesamt 219,5 Stunden in Anspruch genommen hätten. Dabei seien Vorbereitungs- und Prüfungsarbeiten wie die Überprüfung der Salden und der Belege einerseits und Arbeiten zur Erstellung der Bilanz selbst teilweise parallel ausgeführt worden. Den Zeitaufwand für die Vorbereitungsarbeiten hat der Zeuge auf 85 % bis 90 % der insgesamt angefallenen Arbeitszeit geschätzt.

Der Senat hat daher keine Zweifel, daß jedenfalls die berechneten $(144 + 4 =) 148$ Stunden auf Vorbereitungs- und Prüfungsarbeiten entfallen, die nicht mit der Gebühr nach § 35 Abs. 1 Nr. 1 StBGebV für die Erstellung

des Jahresabschlusses abgegolten sind, sondern nach §§ 35 Abs. 3, 36 Abs. 1 StBGebV mit Zeitgebühren zu berechnen sind.

Der Einwand des Beklagten, dieser Zeitaufwand sei unangemessen, ist nicht gerechtfertigt.

Den **Umfang** der zur ordnungsgemäßen Erstellung der Bilanz **erforderlichen Prüfungs- und Abschlußvorarbeiten** im Sinne der §§ 35 Abs. 3, 36 Abs. 1 StBGebV **hat der Steuerberater unter Berücksichtigung der Gegebenheiten des jeweiligen Einzelfalles nach billigem Ermessen zu bestimmen**, § 315 Abs. 1 BGB. Der Zeuge L. hat die im Streitfall eingetretene Überschreitung des von ihm für vergleichbare Fälle als erforderlich bezeichneten Zeitaufwandes von 10 bis 15 Arbeitstagen überzeugend mit hier aufgetretenen **Schwierigkeiten bei der Abstimmung von Konten** begründet.

Hinreichende Anhaltspunkte dafür, daß der nach der Aussage des Zeugen angefallene und im Schreiben des Beklagten vom „6.1.1985“ nicht beanstandete Zeitaufwand unangemessen hoch wäre, sind nicht dargetan oder sonst ersichtlich. Daß sich der Beklagte auf das vom Senat einzuholende Gutachten eines Sachverständigen berufen hat, vermag die fehlende Substantiierung seiner Einwendungen hinsichtlich der Angemessenheit des Zeitaufwandes nicht zu ersetzen: Er hat keine Anknüpfungstatsachen zu seiner Auffassung nach erforderlichen Umfang der Vorarbeiten vorgetragen, auf die ein Sachverständiger ein entsprechendes Gutachten gründen könnte.

Die **Höhe der Zeitgebühr** beträgt gemäß § 13 Satz 2 StBGebV je angefangene halbe Stunde 20 bis 60 Deutsche Mark. Innerhalb dieses Rahmens hat der Steuerberater die Gebühr gemäß § 11 StBGebB unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalles nach billigem Ermessen zu bestimmen. Der Ansatz einer Gebühr von DM 62,50 pro Stunde für die Tätigkeit des Assistenten und von DM 100,- pro Stunde für die Tätigkeit des Klägers selbst hält sich im Rahmen billigen Ermessens. Der Beklagte hat dem nichts substantiiert entgegengesetzt. Im Gegenteil: Er bezeichnet – in anderem Zusammenhang, nämlich im Zusammenhang mit der Berechnung von Schadenersatzansprüchen gegen den Kläger (Kosten der Beauftragung eines anderen Steuerberaters) – selbst einen höheren Stundensatz als angemessen.

Dem Kläger steht daher – einschließlich der nach §§ 3 Abs. 3, 15 StBGebV vom Beklagten zu erstattenden Mehrwertsteuer – als Honorar für die Erstellung des Jahresabschlusses 1983 und die hierfür erforderlichen Vorarbeiten jedenfalls der mit der Klage geltend gemachte Teilbetrag der – neugefaßten – Rechnung vom 31.12.1984 in Höhe von DM 12.628,35 zu.

Die Voraussetzungen des § 7 StBGebV und – nach Erstellung der Neufassung der Rechnung vom 31.12.1984 – des § 9 StBGebV sind erfüllt.

Der Beklagte hat vor dem Landgericht die Ansicht vertreten, der Honoraranspruch des Klägers sei deshalb nicht gerechtfertigt, weil die Bilanz 1983 fehlerhaft erstellt worden sei. Dieser Einwand greift aus zwei Gründen nicht durch:

Zum einen liegen die Voraussetzungen für einen Ausschluß oder eine Herabsetzung des Vergütungsanspruchs des Klägers wegen behaupteter Schlechtleistung schon deshalb nicht vor, weil es sich bei dem Vertragsverhältnis zwischen den Parteien – wie oben dargestellt – um einen **Dienstvertrag** handelt, der auf eine Geschäftsbesorgung gerichtet ist. **Mangelhafte Leistungen des Dienstverpflichteten erlauben dem Dienstberechtigten nicht eine Minderung der Vergütung**, da der Dienstberechtigte nach dem Gesetz die Gefahr des Mißlingens der Leistung trägt (BGH VersR 1982, 496).

Anders als das Kaufrecht oder das Werkvertragsrecht kennt das Dienstvertragsrecht weder die Möglichkeit der Wandlung noch die der Minderung. Vielmehr gelten bei der Verletzung von Dienstpflichten der hier in Rede stehenden Art die allgemeinen Regeln über Unmöglichkeit, Verzug, Schadenersatz wegen positiver Vertragsverletzung. Der Mandant ist – wenn das Vertragsverhältnis zum Steuerberater wie im Streitfall ein Dienstvertrag ist – daher darauf beschränkt, wegen etwa vorliegender Mängel der Leistung des Steuerberaters Schadenersatzansprüche wegen positiver Vertragsverletzung (Schlechterfüllung) geltend zu machen (vgl. BGH, aaO. m.w.N.).

Abgesehen hiervon hat der Beklagte Mängel der vom Kläger erstellten Bilanz per 31.12.1983 nicht substantiiert dargetan. Seine vorprozessual – mit Schreiben vom „6.1.1985“ – erhobene Rüge, daß die Bilanz 1983 „völlig unbrauchbar“ sei, genügt zur substantiierten Darlegung von Mängeln dieser Bilanz ebensowenig wie sein Vortrag in erster Instanz, die von dem Kläger bzw. dessen Mitarbeitern per 31.12.1983 erstellte Bilanz sei in mehrfacher Hinsicht fehlerhaft gewesen oder das Verhalten der Berufungsbegründung, die vom Kläger erstellten Bilanzen seien – als Folge grober Fehler der von ihm erstellten Buchhaltung – „sämtlich falsch“, so daß zumindest die Bilanz 1983 korrigiert werden müsse.

Dieses Vorbringen enthält keine konkreten Tatsachen, auf die sich die Feststellung von Mängeln der Leistungen des Klägers im Zusammenhang mit der Erstellung der Bilanz (des Jahresabschlusses) 1983 gründen ließ. Daß sich der Beklagte für die Richtigkeit seiner Rügen auf das Zeugnis seiner

Mitarbeiterin, Frau B., und des Steuerberaters R. sowie auf die Einholung des Gutachtens eines Sachverständigen durch das Gericht berufen hat, vermag die mangelnde Substantiierung seiner Rüge nicht zu ersetzen. Es ist im Zivilprozeß nicht Aufgabe des Gerichts, durch Vernehmung von Zeugen oder Einholung eines Gutachtens einen Sachverhalt erst herauszuarbeiten. Vielmehr obliegt es den Parteien, soweit sie die Darlegungs- und Beweislast trifft, dem Gericht einen schlüssigen Sachverhalt hinreichend substantiiert zu unterbreiten, dessen Richtigkeit dann erforderlichenfalls durch eine Beweisaufnahme zu überprüfen ist (vgl. OLG Koblenz, VersR 1980, 623, 625). Im übrigen kann auch nur bei einem substantiierten Vortrag sich der Prozeßgegner sachgerecht äußern.

Darauf, welche Anforderungen an die Substantiierung von Mängeln der Leistung des Klägers zu stellen sind, hat der Senat den Beklagten durch Beschluß vom 26.11.1987 hingewiesen: **Zur Darlegung eines Buchungsfehlers** (auch im Rahmen des Jahresabschlusses) **bedarf es der Angabe, aufgrund welcher Belge und/oder Informationen die Buchung vorgenommen wurde und weshalb und wie sie richtigerweise anders hätte vorgenommen werden müssen.** Diesen Anforderungen genügt das Vorbringen des Beklagten nicht, soweit es sich auf die Bilanz 1983 bezieht.

Sein Vortrag vor dem Landgericht, bei Abstimmung der Forderungen per 31.12.1984 habe sich herausgestellt, daß die verbleibenden Salden laut Buchhaltung der Kunden P. H. GmbH, Firma H. D. und Firma D. in Höhe von insgesamt DM 53.860,28 zu hoch ausgewiesen worden seien, wobei – weil es sich nicht um gebuchte Erlöse des Kalenderjahres 1984 gehandelt habe – die Differenzen zwangsläufig 1983 oder früher, jedenfalls aber im vom Kläger betreuten Zeitraum, entstanden sein müßten, ist nicht nachvollziehbar und belegt keinen vom Kläger zu vertretenden Mangel des Jahresabschlusses 1983. Dieser Vortrag des Beklagten läßt insbesondere nicht erkennen, welche Buchungen der Kläger hinsichtlich der drei genannten Kunden aufgrund welcher ihm zugeleiteten Belege wie hätte vornehmen müssen und inwiefern seine Buchungen hiervon abweichen. Auf dieses Vorbringen ist der Beklagte in der Berufungsinstanz auch nicht mehr zurückgenommen.

Im Termin zur mündlichen Verhandlung vor dem erkennenden Senat am 10. 2. 1988 hat der Prozeßbevollmächtigte des Beklagten – anknüpfend an die Aussage des Zeugen L. – vorgetragen, gerade die von dem Zeugen L. geschilderten Abstimmungsschwierigkeiten verdeutlichten Mängel der Leistung des Klägers. Auch dieser Einwand ist im Ergebnis nicht gerechtfertigt.

Allerdings trifft es zu, daß der mit der Verbuchung der laufenden Geschäftsvorfälle beauftragte Steuerberater nach den Grundsätzen der Haftung bei positiver Vertragsverletzung schadenersatzpflichtig sein kann, wenn er oder seine Mitarbeiter, deren er sich zur Erfüllung seiner Verpflichtungen gegenüber dem Mandanten bedient (§ 278 BGB), schuldhaft Vorgänge unrichtig verbuchen. Schadenersatz durch Naturalrestitution (§ 249 Satz 1 BGB) bedeutet in solchem Falle, daß der Steuerberater den Buchungsfehler zu korrigieren hat, ohne dem Mandanten den für die Fehlersuche und Korrektur – auch im Rahmen der Vorbereitungsarbeiten für den Jahresabschluß – anfallenden zeitlichen Mehraufwand in Rechnung stellen zu können.

Im Streitfall kann indes **nicht festgestellt werden, daß dem Kläger solche Buchungsfehler (Buchhaltungsfehler) anzulasten sind, auf denen zeitlicher Mehraufwand bei den Vorbereitungsarbeiten für die Bilanz 1983 beruht.** Wie bereits oben dargelegt ist, hat der Beklagte Buchhaltungsfehler des Klägers aus dem Jahre 1983 nicht substantiiert und nachvollziehbar dargelegt. Alle in der Berufungsinstanz konkret vorgetragenen Beanstandungen betreffen die Verbuchung von Geschäftsvorfällen aus dem Jahre 1984 und können daher nicht für zeitlichen Mehraufwand bei der Vorbereitung der Bilanz 1983 ursächlich geworden sein.

Der Vortrag des Beklagten, entsprechende Buchhaltungsfehler wie im Jahre 1984 seien dem Kläger auch in den Vorjahren unterlaufen, genügt den – durch den Hinweisbeschluß vom 26. 11. 1987 verdeutlichten – Anforderungen an einen substantiierten Vortrag nicht. Das Angebot des Beklagten, die Buchhaltungsunterlagen für die Geschäftsjahre bis 1983 zur Überprüfung durch einen Sachverständigen zur Verfügung zu stellen, kann die fehlende Substantiierung von Buchhaltungsfehlern, auf denen ein Mehraufwand an Zeit bei der Vorbereitung der Bilanz 1983 beruhen kann, nicht ersetzen.

Allerdings ist nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs (BGH VersR 1982, 496, 497; BGH GI 86, 27 = VersR 1986, 362, 363), der sich der erkennende Senat anschließt, **nicht stets zu fordern, daß der Mandant im Rechtsstreit mit dem Steuerberater jeden einzelnen Buchhaltungsfehler substantiiert darstellt.** Vielmehr ist es – auch für eine angemessene Verteidigungsmöglichkeit des Steuerberaters – ausreichend, daß der Auftraggeber bei im System begründeten Buchführungsfehlern des Beraters den Fehler des Systems an einzelnen konkreten Buchungsvorgängen exemplarisch aufzeigt. Ein solcher Fall liegt hier indes nicht vor.

Die vom Beklagten beanstandeten Buchungsvorgänge aus dem Jahre 1984 zeigen – unabhängig davon, ob die Rügen insoweit zu Recht erho-

ben sind – keinen Mangel im System der Buchführung des Klägers auf. Es handelt sich vielmehr – soweit die Rügen überhaupt gerechtfertigt sind – um Fehler im jeweiligen Einzelfall (insbesondere fehlende Verbuchung einzelner und doppelte Verbuchung anderer Belege), die keinen Rückschluß darauf zulassen, ob und gegebenenfalls in welchem Umfang gleichartige oder andere Fehler auch bei der Verbuchung von Geschäftsvorfällen des Jahres 1983 vorgekommen sind.

Daß nach der Bekundung des Zeugen L. bei der Vorbereitung der Bilanz 1983 Abstimmungsarbeiten erforderlich wurden, besagt entgegen der im Anschluß an die Vernehmung dieses Zeugen geäußerten Auffassung des Prozeßbevollmächtigten des Beklagten nichts dafür, daß die vom Kläger vorgenommene Verbuchung von Geschäftsvorfällen des Jahres 1983 fehlerhaft erfolgt wäre. Das buchmäßige Festhalten der Geschäftsvorfälle in der Geschäftskasse und das Sammeln der erforderlichen Belege können – ebenso wie die tägliche Abstimmung des Soll- und Istbestandes und die Führung des Kassenbuchs – nur im Unternehmen des Auftraggebers selbst erfolgen (vgl. OLG Koblenz, DStR 1972, 417).

Diese Arbeiten obliegen dem Steuerberater daher auch dann nicht, wenn ihm – wie im Streitfall – ein Buchführungsauftrag erteilt ist. **Die Notwendigkeit zeitaufwendiger Abstimmungsarbeiten vor der Erstellung des Jahresabschlusses kann auch darauf beruhen, daß einzelne Geschäftsvorfälle nicht verbucht worden sind, weil die entsprechenden Belege dem Steuerberater vom Mandanten nicht zur Verfügung gestellt wurden.** Daraus, daß solche Abstimmungsarbeiten notwendig werden, läßt sich folglich nicht ohne weiteres auf einen Fehler bei der Buchführungstätigkeit des steuerlichen Beraters schließen.

Für das Jahr 1984 rügt der Beklagte, der Kläger habe einzelne Geschäftsvorfälle nicht verbucht, ohne anzugeben, wann die entsprechenden Belege dem Kläger zur Verfügung gestellt wurden. Dem Vorbringen des Klägers, ihm seien in diesen Fällen keine Belege übermittelt worden, hat der Beklagte nichts substantiiert entgegen gesetzt. Daß Abstimmungsarbeiten bei der Bilanz 1983 deshalb notwendig wurden, weil dem Kläger die entsprechenden Belege nicht zur Verfügung gestellt worden waren und er daher eine entsprechende Verbuchung nicht vorgenommen hatte, ist nicht auszuschließen. Die vom Zeugen L. bekundete Notwendigkeit solcher Arbeiten belegt daher keinen Schadenersatzanspruch des Beklagten, der die Honorarforderung des Klägers mindern könnte.

Nachbesserungsrecht des Steuerberaters

- Mängelbeseitigungskosten
- Anmerkung

(OLG Hamm Urt.v. 18.3.88 – 25 U 103/87)

Leitsätze (d. Verf.):

1. Der Mandant muß dem Steuerberater zunächst Gelegenheit zur Nachbesserung angeblich fehlerhafter Buchführungsarbeiten geben. Andernfalls hat er keinen Anspruch auf Ersatz der Aufwendungen für die Beseitigung der Fehler.
2. Die Fehler in der Buchführung machen es für den Mandanten nicht unzumutbar, dem Steuerberater das Nachbesserungsrecht einzuräumen.

Aus den Gründen:

Es kann dahingestellt bleiben, ob es sich bei dem zwischen den Parteien bestehenden Vertragsverhältnis um einen Geschäftsbesorgungsvertrag mit Werkvertrags- oder Dienstvertragscharakter gehandelt hat. Nach ständiger Rechtsprechung ist nämlich § 633 BGB analog anzuwenden, wenn der Tätigkeit eines Steuerberaters ein Dienstvertrag zugrunde liegt.

Die Klägerin hätte daher dem Beklagten das Recht einräumen müssen, seine angeblich fehlerhafte Leistung nachzubessern. Da die Klägerin dem Beklagten diese Möglichkeit nicht eingeräumt hat, entfällt auch bei Einordnung des Vertrages als Geschäftsbesorgungsvertrag mit Dienstvertragscharakter ein Schadenersatzanspruch der Klägerin.

Es war für die Klägerin auch nicht unzumutbar, dem Beklagten Gelegenheit zur Nachbesserung zu geben. Das Finanzamt hatte die Buchführung überprüft, nach den Richtlinien des Finanzamtes konnte die Buchführung nachgebessert werden. Es ist nicht ersichtlich, daß das Vertrauen der Klägerin in die Fähigkeit des Beklagten zur Buchführung so erschüttert gewesen sein könnte, daß sie zu Recht von einer Nachbesserung durch den Beklagten Abstand genommen hat. **Die Fehlerhaftigkeit der vorausgegangenen Buchführung allein beseitigt grundsätzlich nicht ein Nachbesserungsrecht**, wie bereits der Umkehrschluß aus § 633 Abs. 2 BGB zeigt. Es kommt daher nicht darauf an, ob der fehlerhaften Buchführung möglicherweise auch eine fehlerhafte Beratung bei dem Beklagten vorausgegangen ist. **Die Frage, ob die Klägerin auf die Leistungsfähigkeit des**

Beklagten vertrauen konnte, kann sich nur auf die Leistung beziehen, die nachzubessern war, das war hier die Buchführung. Es gibt keine Anhaltspunkt dafür, daß der Beklagte zu einer derartigen Leistung nicht in der Lage gewesen wäre.

Anmerkung:

Das Urteil stimmt mit OLG Hamm DStR 1987, 170 überein. Der Senat hatte den Mandanten für verpflichtet gehalten, zunächst den Steuerberater zur Nachbesserung aufzufordern; denn dem Steuerberater stehe auch bei Anwendung von Dienstvertragsrecht grundsätzlich ein Nachbesserungsrecht zu.

Die Möglichkeit, Nachbesserung zu verlangen, kommt aus dem **Werkvertragsrecht**, § 633 Abs. 2 BGB. Der Leistungspflichtige kann Mängel in seinen Arbeiten durch eigenes Tätigwerden beseitigen. Hierbei handelt es sich nicht um einen Schadenersatzanspruch, sondern um einen Erfüllungsanspruch (BGH NJW 1964, 1025 = VersR 1964, 230).

Im **Dienstvertragsrecht** kann regelmäßig Schadenersatz und nicht Mängelbeseitigung verlangt werden. Aber auch hier ist es den Vertragsparteien unbenommen, ein Recht zur Nachbesserung einzuräumen und den Dienstvertrag insoweit den Regelungen der §§ 634, 635 BGB zu unterstellen. Da bei umfangreichen Buchhaltungswerken Fehler nie ganz zu vermeiden sind, liegt es nahe, dem Steuerberater ein Recht auf Beseitigung etwaiger Mängel einzuräumen. Im Regelfall ist dies für den Mandanten auch nicht nur kostengünstiger, sondern auch schneller. Ein neuer Berater müßte sich erst mit erheblichem Zeitaufwand einarbeiten.

Das **Nachbesserungsrecht ist stillschweigend begründet** worden, wenn der Steuerberater aufgefordert wurde, eine kostenlose Korrektur von Fehlern durchzuführen und er sich hierzu bereiterklärt hat (OLG Köln, GI 8/83).

Voraussetzung für die Geltendmachung des Nachbesserungsanspruches ist, daß die zu beseitigenden Mängel konkret bezeichnet werden und eine **angemessene Frist** eingeräumt wird (OLG Köln, GI 8/83).

Zum **versicherungsrechtlichen Aspekt** der Forderung von Mängelbeseitigungskosten durch den Mandanten weisen wir auf die Hinweise zur Berufshaftpflichtversicherung der Bundessteuerberaterkammer (Berufsrechtliches Handbuch 5.3) hin. Unter Tz. 22 wird ausgeführt, daß Nachbesserungskosten nicht vom Versicherungsschutz umfaßt sind. Ebenso BGH VersR 1964, 230 = NJW 1964, 1025; OLG Frankfurt VersR 1977, 829; ausführlich zu diesem Thema: GI 12/83 „Was ist ein Haftpflichtanspruch im Gegensatz zum nicht gedeckten Erfüllungsanspruch?“

GI Hinweise

Erstmalig liegt nunmehr eine umfassende Darstellung des Wirtschaftsstrafrechts vor. Die Autoren – Staatsanwälte, Richter, Leiter einer Steuerfahndung – „entwirren“ die Vielzahl der Gesetze und Verordnungen, in dem die unternehmerischen Pflichtverstöße bestimmten Tätigkeitsbereichen zugeordnet werden. Die Autoren gliedern dementsprechend in Straftaten bei Gründung, beim Betrieb und bei Beendigung und Sanierung des Unternehmens. Daneben wird in einem besonderen Teil auf die Grenzen und Risiken strafrechtlich relevanten Handelns von Beratern hingewiesen.

Folgende Themen werden u. a. angesprochen:

Kapitalbeschaffung, illegale Beschäftigung von Arbeitnehmern, Vermittlung und Schwarzarbeit, Rechnungs- und Finanzwesen, Steuern und Zölle, Subventionen, Wareneinkauf, gewerbliche Schutzrechte, betrügerische Verkaufsmethoden, Preisgestaltung, Auslandsgeschäfte, Gläubigerbegünstigung, Buchführungs- und Bilanzdelikte, Vermögensverschiebung und Konkursverschleppung etc.

Das Werk zeichnet sich durch die praxisnahe Schwerpunktbildung der Themen aus. Es enthält ein ausführliches Stichwort- und Gesetzesregister sowie weiterführende Hinweise zu den einzelnen Themen.

(Müller-Gugenberger, Wirtschaftsstrafrecht, 1255 Seiten, 140,- DM, Verlag Aschendorff)

Nachdem das FG Baden-Württemberg (EFG 1987, 33) und das FG Köln (EFG 1986, 454) § 32 Abs. 8 EStG für **verfassungswidrig** halten, sollte in jedem Fall, in dem ein **Kinderfreibetrag** in Betracht kommt, Einspruch eingelegt und Ruhen des Verfahrens beantragt werden (§ 363 AO). Bewilligt das FA nicht das Ruhen des Einspruchsverfahrens, sollte Beschwerde bei der OFD eingelegt werden.

Dasselbe gilt für Veranlagungen mit **schriftstellerischen Nebeneinkünften**. Das BVerfG hat die Verfassungsbeschwerde gegen die Abschaffung des früheren halben Steuersatzes, § 34 Abs. 4 EStG a.F., angenommen (I B BvR 1402/87).

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

(Heft 1–7, 1988)

Abtretung			
– des Steuererstattungsanspruchs	88,	50	
= geschäftsmäßige – § 46, 4 AO	88,	50	
= Vorausabtretung, § 3 AGBG	88,	94	
		(LS)	
Allgemeine Geschäftsbedingungen			
– Abtretung v. Erstattungsansprüchen	88,	94	
		(LS)	
– Haftungshöchstsumme DM 100.000	88,	122	
– Verjährungsfrist			
= bei Treuhandvertrag, 1 Jahr	88,	3	
Anlageberatung			
– Prüfung des Grundstückswerts	88,	76	
		(LS)	
– wirtschaftliche Risiken	88,	76	
		(LS)	
	88,	90	
– Prognosen	88,	79	
Anwaltsvertrag			
– Ende des –	88,	61	
Bauherrenmodell			
– Aufgabengebiet des Treuhänders	88,	55	
– objektbezogener StB			
= Abgrenzung zum persönlichen StB	88,	3	
Belehrungspflicht d. StB/Wp/RA			
– fehlende Belehrungsbedürftigkeit			
= über Ausgleichsanspruch, § 89 b HGB	88,	89	
= Kenntnis d. Steueraufhebungsbescheides	88,	106	
– Dauermandat und Einzelauskünfte	88,	95	
– Mandatsübernahme/Tod des Sozius	88,	94	
		(LS)	
Berichtigung, § 173 I, 2 AO			
– grobes Verschulden			
= des Mandanten	88,	26	
– Zurechnung des Berater-Verschuldens	88,	26	
Beschlagnahmeverbot § 97 StPO			
– Buchhaltungsunterlagen	88,	63	
– Jahresabschluß	88,	63	
Beweislast			
– Buchungsfehler	88,	133	
– Kausalität	88,	95, 101	
= z. Pflichtverletzung und Schaden			
– Rückgabe von Mandantenunterlagen	88,	117	
– Schaden	88,	94	
= Aussichten d. Vorprozesses		(LS)	
– für Verhandlungsergebnis	88,	95, 100	
Dritthaftung			
– Anwaltsvertrag	88,	100	
– stillschweigender Auskunftsvertrag	88,	9	
– Steuerberatungsvertrag mit OHG	88,	79	
– Vertrag mit Schutzwirkung			
zugunsten Dritter	88,	54	
= Bilanz- und Kreditgeber		(LS)	
= Bilanz- und Konkursgläubiger	88,	76	
		(LS)	
Gewinnausschüttung			
– mit Mittelabfluß	88,	18	
		(LS)	
Haftungsbeschränkung			
– auf grobe Fahrlässigkeit	88,	46	
– Haftungshöchstsumme DM 100.000	88,	122	
– im Treuhandvertrag	88,	46	
– Verjährungsfrist in AGB	88,	3	
Herausgabepflicht des StB's			
– Abholung/Übersendung	88,	2	
– Mandantenunterlagen	88,	2	
Honoraranspruch des StB's			
– Abschlußvorarbeiten,			
§ 35 Abs. 3 StBGebVO	88,	83, 128	
– Anrechnung ersparter Kosten	88,	29	
– bei Annahmeverzug d. Mand. § 615 BGB			
= Umsatzsteuer	88,	29	
– Buchführungsmandat	88,	83	
– Minderung d. –	88,	128	
– sonstige Tätigkeit, § 33 Abs. 7 StBGebVO	88,	85	
Kausalität			
– Fehler des Gerichts/Fehler des RA	88,	36	
		(LS)	
Klageauftrag			
– vorsorgliche Klage	88,	18	
		(LS)	
Konkurrenzverbot			
– des angestellten RA	88,	2	
Konkursverwalter, Haftung des –			
– Regreßanspruch des Kommanditisten	88,	54	
		(LS)	
– Steuerhaftung	88,	54	
		(LS)	
Kostenerstattung im Regreßprozeß			
– Privatgutachten	88,	76	
		(LS)	
Kündigung des Mandats			
– Rückgabe v. Mandantenunterlagen	88,	18	
		(LS)	
Literatur- und Rechtsprechungshinweise			
– Dritthaftung	88,	11	
– Rechtsberatung d. StB/WP	88,	24	
– Schätzungsschaden	88,	33	
– Treuhänderhaftung	88,	44	
– Vertrag mit Mehrfachberufler	88,	55	
Mandantenunterlagen			
– Rückgabe	88,	18	
		(LS)	
Mehrfachberufler			
– Anwendbarkeit von Verjährungsvorschriften			
(§§ 51 BRAO, 68 StBerG, 51 a WPO)	88,	55	
Mitverschulden			
– Prüfung d. vom StB erstellten Steuererklärung	88,	26	
Nachbesserung			
– Recht d. StB's zur Nachbesserung	88,	94	
		(LS)	

Notar		
– Belehrungspflichten = über Sozialbindung	88, 86	
– Verjährungsbeginn d. Amtshaftungs- anspruchs	88, 18 (LS)	
Provisionsgeschäfte		
– Herausgabepflicht der Provision	88, 60	
– Verjährung des Herausgabeanspruchs	88, 60	
Rechtsanwalt		
– Beratungspflichten = Kündigungsmandat und Ausgleichs- anspruch, § 89b HGB	88, 89	
– Dritthaftung	88, 9	
– Konkurrenzverbot	88, 2	
Rechtsberatung/Rechtsbesorgung		
– Geltendmachung v. Schadenersatz- anspruch	88, 108	
– Sanierungsverhandlungen	88, 19	
– durch Wp	88, 19	
Schaden		
– Anwaltskosten zur Schadenabwendung	88, 32	
– Recht d. StB's zur Mängelbeseitigung	88, 94 (LS)	
– verlorener Prozeß	88, 94 (LS)	
– bei unvermeidbarer Steuerzahlung	88, 94 (LS)	
– Zuschätzung, s. Schätzung, Schaden		
Schätzung, § 162 AO		
– Schaden = Darlegungs- und Beweislast	88, 31	
Sozietät		
– Vertrag mit –	88, 94 (LS)	
– Tod des Sozios/Mandatsübernahme	88, 94 (LS)	
Steuerberater		
– Konkurs des –	88, 2	
Steuerberatungsgesetz		
– § 1 Abs. 2 Nr. 2 = Einrichtung der Fibu u. Lobu	88, 116 (LS)	
– § 46 Abs. 3 Nr. 2 = Konkurs des StB's	88, 2	
Steuerberatungsvertrag		
– Dauermandat und Beratungspflichten	88, 95	
– mit OHG	88, 79	
– objektbezogene und persönliche Steuerberatung	88, 3	
Steuerhinterziehung		
– Berufspflichtverletzung	88, 116 (LS)	
– ESt-Vorauszahlung	88, 116 (LS)	
– USt-Voranmeldung	88, 116 (LS)	
Testamentsvollstrecker		
– Anlage von Nachlaßvermögen	88, 36 (LS)	
Treuhänder		
– Abweichung von Prospektaussage	88, 41	
– Aufhebung der Steuerbefreiung	88, 106	
– Belehrung über steuerliche Risiken = einheitliche und gesonderte Gewinn- feststellung wird abgelehnt	88, 3	
– Bonitätsgarantie statt Bankbürgschaft	88, 41	
– Haftungsbeschränkung auf grobe Fahrlässigkeit	88, 46	
– Kostendeckungslücke, Hinweispflicht	88, 46	
– Pflichten des – im Bauherrenmodell	88, 55	
– Überwachung d. gewerbl. Zwischen- mieters	88, 106	
– Verjährung des Regreßanspruchs	88, 55	
– Versicherungsschutz	88, 46, 66	
Unerlaubte Handlung		
– vorsätzliche, sittenwidrige Schädigung, § 826 BGB = prognostische Anlageberatung	88, 81	
Verjährung, § 51 BRAO		
– unzulässige Rechtsausübung	88, 37, 61	
– Sekundäranspruch, Frist	88, 37	
– Verjährungsbeginn = Schadenentstehung und Mandatsende	88, 37, 61	
Verjährung, § 68 StBerG (§ 51a WPO)		
– Verjährungsbeginn = Anlageberatung	88, 110	
– Provisionsannahme u. Anlageberatung	88, 110	
– Grundsatz d. Schadeneinheit	88, 113	
– Zustellung d. Steuerschadens	88, 122	
– bei Vertrag mit Mehrfachberufte	88, 55	
Verjährung, § 839 BGB – anderweitige Ersatzmöglichkeit	88, 18 (LS)	
– Verjährungsunterbrechung = durch Mahnbescheid	88, 122	
Versicherungsschutz		
– Nachbesserungskosten	88, 137	
– Treuhandtätigkeit	88, 66	
Vorteilsausgleich		
– wegen eingetretenen Steuervorteils	88, 77	
Wettbewerb/Mandantenschutz		
– des angestellten RA	88, 11	
Wirtschaftsprüfer		
– Berufsbild	88, 22	
– Sanierungsverhandlungen	88, 22	
– Treuhandtätigkeit	88, 55	
– Rechtsberatung	88, 22	
Zurückbehaltungsrecht		
– an Arbeitspapieren	88, 117	
– Beweislast	88, 117	
– Grundsatzurteil	88, 117	
– an Hauptabschlußübersicht u. Umbuchungsliste	88, 117	

BGH v. 3. 12.1986 – IVa ZR 90/85 = ZIP 1987, 922	88, 36 (LS)	LG Darmstadt v. 9.9.1987 – 8 O 207/87	88, 9
BGH v. 18.2.1987 – IVa ZR 232/85 = VersR 1988, 178 = GmbHR 1987, 463 = EWiR §64 GmbHG 2/87 (Welf Müller)	88, 76 (LS)	LG Detmold v. 4.12.1987 – 1 O 287/87	88, 54 (LS)
BGH v. 2.7.1987 – IX ZR 94/86	88, 94	LG Detmold v. 25.2.1988 – 3 O 215/87	88, 90
BGH v. 1. 10.1987 – IX ZR 117/86	88, 100	LG Düsseldorf v. 22.10.1987 – 14 O 119/87	88, 31
BGH v. 1.10.1987 – IX ZR 202/86 = WM 1988, 127	88, 37	LG Düsseldorf v. 21.12.1987 – 1 O 132/87 = STEUER-TELEX 1016	88, 76 (LS)
BGH v. 7.10.1987 – IVa ZR 67/87 = StB 1988, 16 = WM 1987, 1557	88, 79	LG Heidelberg v. 13.11.1987 – 5 O 60/86	88, 46
BGH v. 4.11.1987 – IVa ZR 158/86 = WM 88, 26 = ZIP 88, 40 = EWiR Art.1 §5 RBERG 1/88, 185 (Chemnitz)	88, 19	LG Köln v. 5.1.1988 – 22 O 28/87	88, 110
BGH v. 5.11.1987 – IX ZR 86/86 = EWiR §19 BNotO 1/88, 155 (Reithmann) = EWiR §675 BGB 3/88, 349 (Borgmann) = WM 88, 342	88, 36 (LS)	LG Köln v. 11.1.1988 – 20 O 246/87	88, 106
BGH v. 19.11.1987 – VII ZR 39/87	88, 55	LG Stuttgart v. 14.9.1987 – 10 Qs 53/87 = wistra 1988, 40	88, 63
BGH v. 25.11.1987 – IVa ZR 162/86 = StB 1988, 166	88, 95	BFH v. 24.3.1987 – X R 9/80	88, 26
BGH v. 26.11.1987 – IX ZR 162/86	88, 18 (LS)	BFH v. 17.9.1987 – VII R 168/84 = BFH NV 1988, 9	88, 15
BGH v. 9.12.1987 – IVa ZR 204/86 = WM 1988, 220	88, 77	BFH v. 17.11.1987 – VII R 120/86 = Steuer-Telex 132 = LEXinform 0081033	88, 2
BGH v. 4.2.1988 – IX ZR 20/87 = WM 1988, 457 = ZIP 1988, 315	88, 94	BFH v. 12.1.1988 – VII R 60/86 = Steuer-Telex 119 = LEXinform 0081292	88, 116 (LS)
BGH v. 17.2.1988 – IVa ZR 262/86	88, 117	FG Baden-Württemberg v. 4.11.1987 – V K 433/83	88, 18 (LS)
OLG Bremen v. 10.11.1987 – 1 U 56/87	88, 86	OVG Münster Beschl. v. 21.2.1987 – XI B 43/87 = AnwBl. 1988, 172	88, 94 (LS)
OLG Celle v. 13.6.1986 – 44 StL 24/85	88, 18 (LS)		
OLG Düsseldorf, 13.6.1985 – 8 U 212/84 = RBeistand 1987, 42	88, 2		
OLG Düsseldorf v. 26.11.1987 – 18 U 97/87	88, 29		
OLG Düsseldorf v. 10.3.1988 – 18 U 174/87	88, 83		
OLG Frankfurt v. 5.11.1987 – 13 U 186/85 = NJW/RR 1988, 124	88, 54 (LS)		
OLG Hamm v. 25.2.1987 – 28 W 4/87	88, 61		
OLG Hamm v. 4.6.1986 – 25 U 61/85 = StB 1987, 211	88, 94 (LS)		
OLG Hamm v. 16.9.1987 – 27 W 38/87	88, 54 (LS)		
OLG Hamm v. 18.3.1988 – 25 U 103/87	88, 136		
OLG Koblenz v. 11.6.1987 – 1 Ss 198/87	88, 116 (LS)		
OLG Köln v. 16.10.1987 – 20 U 24/87	88, 3		
OLG Köln v. 16.10.1987 – 11 U 180/87	88, 2		
OLG Köln v. 6.11.1987 – 6 U 205/86	88, 41		
OLG Köln v. 9.3.1988 – 2 U 67/87	88, 128		
OLG München v. 30.1.1987 – 21 U 3798/86	88, 66		
OLG München v. 14.1.1988 – 19 U 4495/85	88, 60		
OLG Oldenburg v. 27.4.1987 – 3 U 119/86	88, 89		
OLG Oldenburg v. 7.5.1987 – 1 U 211/86	88, 122		
OLG Stuttgart v. 21.5.1987 – Ss 221/87	88, 116 (LS)		
OLG Stuttgart v. 27.5.1987 – 8 W 134/87 = StB 1988, 20	88, 76 (LS)		
EG Hamburg v. 4.2.1986 – III 12/85 EV 73/83 = BRAK-Mitt 1987, 100	88, 116 (LS)		

© Gerling-Konzern
Vertriebs-Aktiengesellschaft
Abteilung Presse und Information
Gereonshof, 5000 Köln 1
Telefon: (02 21) 144-7298

Verantwortlich für den Inhalt:
Rechtsanwalt Dr. Jürgen Gräfe,
Fachanwalt für Steuerrecht

Nachdruck nur mit vorheriger
schriftlicher Zustimmung.